

„Politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in der Transformationsforschung: Versuch einer Annäherung und Kritik

von Christian Boulanger, Berlin

„Under communism the nations of Eastern Europe never had a ‘civil society’. A ‘civil society’ exists when individuals and groups are free to form organizations that function independently of the state, and that can mediate between citizens and the state. Because the lack of civil society was part of the very essence of the all-pervasive communist state, creating such a society and supporting organizations independent of the state – or NGOs – have been seen by donors as the connective tissue of democratic political culture – an intrinsically positive objective“ (Hann, 1996:1).

„There is something inherently unsatisfactory about the international propagation by Western scholars of an ideal of social organization that seems to bear little relation to the current realities of their own countries; an ideal which, furthermore, developed in historical conditions that cannot be replicated in any other part of the world today. [The] term is riddled with contradictions and the current vogue predicated on a fundamental ethnocentricity“ (Hann, 1996:1).

Die Begriffe „politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ gehören zu den meistgebrauchten Vokabeln in der akademischen, populärwissenschaftlichen und journalistischen Literatur über die Transformationsprozesse in Osteuropa. Generell wird angenommen, daß es ohne die Verwurzelung einer demokratischen politischen Kultur und die Entwicklung einer vom Staat unabhängigen Zivilgesellschaft keine demokratische Konsolidierung geben kann. Diese Vorstellung leitet – wie das obenstehende Zitat deutlich macht – auch einen Großteil der westlichen Projekte zur Unterstützung des Aufbaus demokratischer Staats- und Gesellschaftsformen. Auf der anderen Seite gibt es Stimmen in der Forschung, die diese Konzepte mangels Begriffsschärfe in Frage stellen, oder ihre Anwendbarkeit als sozialwissenschaftliche Analysebegriffe ganz ablehnen. Ziel dieses kurzen Beitrages ist es, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die Verwendung der Begriffe zu skizzieren, um dann, gestützt auf neuere Richtungen in der Literatur, eine modifizierte Konzeptionalisierung vorzuschlagen. Meine zentrale These ist, daß ohne die Beachtung der historischen Entwicklung, der diskursiven Konstruktion und sozio-politischen Einbettung von „politischen Kulturen“ und „Zivilgesellschaften“ diese Begriffe in ihren klassischen Formulierungen bei der Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen in Osteuropa zu Fehleinschätzungen führen können. Dabei wird es mir vor allem um die theoretische Ergiebigkeit der Begriffe gehen, und weniger um die Begriffs- und Ideengeschichte (Siehe hierfür Somers 1995a, Somers 1995b, Seligman, 1992; Cohen/Arato, 1992; Almond/Verba, 1980).

Politische Kultur

Ich beginne mit der früheren politischen Kulturforschung der 60er Jahre. Ihre Ursprünge finden sich vor allem in den Werken der amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel A. Almond und Sidney Verba, die den Begriff durch ihr Werk „The Civic Culture“ popularisierten (Almond/Verba, 1963). Sie definierten „Politische Kultur“ als „the particular distribution of patterns of orientation towards political objects among members of the nation“. Um diese Orientierungsmuster zu operationalisieren, generierten sie bestimmte Variablen, wie z.B. „Vertrauen in politischen Organisationen“ oder „Wertschätzung demokratischer Prinzipien“. Sie meinten durch repräsentative Stichproben in der Bevölkerung mehrerer Länder anhand standardisierter Fragebögen, verschiedene Gesellschaften im Hinblick auf ihre „politische Kultur“ miteinander vergleichen zu können.

Diese neue Betonung der „politischen Kultur“ brachte in die Politikwissenschaft – bis dahin von formalen und normativen Analysen politischer Institutionen dominiert – eine neue empirische Dimension (Eckstein, 1996). Die „politische Kultur“ sollte als vermittelnde Variable zwischen den sich in ähnlicher Weise abspielenden sozialen Makroprozessen der Industrialisierung und beobachtbaren unterschiedlichen politischen Entwicklungen fungieren. Man glaubte, einen Weg gefunden zu haben, die Verankerung formaler politischer Institutionen in der Bevölkerung messen und Hypothesen über ihre Stabilität aufstellen zu können. Die Stabilität einer Demokratie verknüpften Almond und Verba nicht nur, wie auch Seymour Lipset (Lipset, 1963), mit dem ökonomischen Wohlergehen der Gesellschaft und der politischen Legitimität der Regierung, sondern auch mit der Existenz einer *civic culture*: mit „zivilen“, d.h. liberaldemokratisch-republikanischen Werthaltungen und Einstellungen in der Bevölkerung.

Die Methode und Theorie der *political culture* fand zahlreiche Anhänger und hatte bis in die achziger Jahre großen Einfluß, vor allem innerhalb der Modernisierungstheorie. Ein weiterer bekannter Theoretiker ist der Soziologe Ronald Inglehart, der mit Hilfe der Analyse von weltweiten Umfragen die These vom Einfluß post-materiellen Wertewandels auf die soziale und politische Entwicklung eines Landes vertritt (Inglehart, 1988; Inglehart, 1995).

An Methode und Theorie der „politischen Kultur“ in dieser Tradition wurde aber schon bald, und wird immer noch, heftige Kritik geübt. Zunächst wurde die theoretische Tradition, in der das Werk Almond und Verbas entstanden war, entschieden angegriffen und schließlich weitgehend aufgegeben. Dies war der strukturfunktionalistische An-

satz Talcott Parsons, der im Anschluß an Durkheim die Integration von Gesellschaften über gemeinsame Werte und Normen postuliert hatte. Des weiteren bestand und besteht in der Forschung kein Konsens darüber, wie Indikatoren der politischen Kultur standardisiert werden könnten. Wie Max Kaase bemerkt hat, ist die Folge eine „theoretische und empirische Beliebigkeit“ (Kaase, 1983: 167). Zentrale und bisher nicht gelöste Probleme bestehen auch in der Frage, „welche politischen Einstellungen denn konkret nun eigentlich eine oder die politische Kultur ausmachen“ (Kaase, 193: 157).

Der Nexus zwischen Werten und Handeln ist auch problematisch. Gleiche Werteinstellungen können in verschiedener Umgebung die unterschiedlichsten Handlungsergebnisse produzieren (Swidler, 1986; Derné, 1994). Außerdem muß sich eine vergleichende Umfrageforschung, die in mehreren Ländern mit denselben Fragenkatalogen arbeitet, der Tatsache stellen, daß die gleichen Fragen in verschiedenen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden können, was die Vergleichbarkeit der Antworten problematisch macht.

Noch schwerwiegender ist für mich aber die Tatsache, „daß häufig die Nation bzw. die Gesamtbevölkerung gar nicht sinnvoll als Träger der politischen Kultur ausgemacht werden können“ (Kaase, 1983:161). Das Bild von der einheitlichen, statischen politischen Kultur „von unten“ verbirgt die eigentlich trivial anmutende Tatsache, daß in einer Gesellschaft – selbst in den angeblich homogenisierten und „atomisierten“ kommunistischen – viele verschiedene Subgruppen und -gesellschaften bestehen, deren Wertsysteme und deren Einfluß auf die politische Entwicklung sich radikal unterscheiden.

Der größte Fehler der ursprünglichen politischen Kulturforschung war es wohl, die entscheidende Bedeutung der politischen Eliten zu vernachlässigen. Ein kausaler Nexus zwischen „Kultur“ und politischem System kann ohne die besondere Untersuchung der Eliten kaum aufgestellt werden. Manche Kommentatoren haben deshalb die Bedeutung von „kulturellen“ Faktoren für die demokratische Entwicklung ganz in Frage gestellt (Di Palma, 1990; Di Palma, 1993; Holmes, 1996). Für Analysten, die die Existenz von stabilen Elitebündnissen und funktionierenden Staatsstrukturen für die Stabilität von Demokratien verantwortlich machen, sind demokratische Einstellungen der Bevölkerung eher die Konsequenz als die Ursache einer erfolgreichen Demokratie.

Diese Sichtweise scheint auf empirischer Seite durch den mangelnden Erfolg der ursprünglichen *political culture*-Forschung bestätigt zu werden. David Laitin kommentierte, daß die Methode keinen Fall von Erfolg oder Scheitern einer Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorhersagen oder erklären konnte (Laitin, 1995). Ein aktuelles Beispiel sei hier auch genannt. In der Zeit von 1990 bis 1994 waren die Werte der Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Befürwortung eines Einparteiensystems in Ungarn teilweise wesentlich höher als in

der Slowakei (Plasser/Ullram, 1996: 21–22). 1997 lagen die Ungaren in Umfragen immer noch nur einen Prozentpunkt niedriger als die Slowaken in der Akzeptanz von autoritären Regierungsformen (17%) (Plasser, et al., 1998: 194). In Ungarn entwickelte sich zur gleichen Zeit eine stabile, rechtsstaatliche Demokratie, während in der Slowakei Premierminister Vladimir Meciar und die nationalistischen Mehrheitsparteien einen neo-autoritären, intoleranten Führungsstil an den Tag legten. Auch wenn dies nur ein vereinzelt Beispiel ist, würde ich nach dem bisher Gesagten doch schließen, daß die Prognosekraft von Umfrageergebnissen nach dem Almond/Verba-Muster für die demokratische Entwicklung eines Landes relativ gering ist.

Civil Society

Der „Zivilgesellschafts“-diskurs ist jünger als derjenige der „politischen Kultur“. Er entstand bekanntlich in der Samizdat-Literatur der osteuropäischen Intellektuellen und wurde von westlichen Kommentatoren aufgenommen und weitergeführt (Hann/Dunn, 1996; Hall, 1996). Die „Zivilgesellschaft“ wurde als organischer, selbstorganisierender Bereich der Gesellschaft dem despotischen Staat gegenübergestellt, der die Gesellschaft „atomisiert“ hatte und so unterdrücken konnte. Die Herausbildung der „Zivilgesellschaft“ ist so zu verstehen als essentieller Bestandteil der allmählichen Demokratisierung vor den Umbrüchen von 1989 (Arato, 1981; Keane, 1988) und für die Konsolidierung der Demokratie danach (Diamond, 1996; Linz/Stepan, 1996: 7).

Auch beim Begriff der „Zivilgesellschaft“ wird in theoretischer und empirischer Hinsicht Kritik geübt. Ein Einwand ist entstehungsgeschichtlich. Es wird bemängelt, daß das „Zivilgesellschafts“-konzept in einem ganz bestimmten historischen soziokulturellen Umfeld entstanden und entweder gar nicht oder nur unter Verlust seiner Erklärungskraft auf andere Zusammenhänge übertragbar sei (Seligman, 1992; Hall, 1996; Hann, 1996; Somers, 1995b). Andere sehen den Begriff als überflüssig an, weil er durch andere Konzepte der sozialwissenschaftlichen Theorie problemlos ersetzt werden könne (Kumar, 1993). Außerdem wird, ähnlich wie bei der politischen Kultur, die analytische Schwammigkeit und Normativität des Begriffs beklagt, der sich einer eindeutigen Definition und Abgrenzung entziehe. So sei unklar, wie „Zivilgesellschaft“ sinnvollerweise von den Bereichen „Markt“ und „Staat“ abzutrennen sei (Edwards, 1998).

John Hall hat die empirische Grundproblematik der optimistischen „Zivilgesellschafts“-theorien auf den Punkt gebracht:

Communism did not fall, as many expected and some still believe, because of pressure from below, that is, from the forces of civil society; nor does that stunningly complete collapse ensure that the society that emerges will be civil (Hall, 1996: 1).

Das (Wieder)aufkommen von intolerantem Nationalismus in Osteuropa, aber auch in anderen Teilen der Welt

(Zakaria, 1997), hat die Kausalhypothese von Zivilgesellschaft und liberaler Demokratie deutlich geschwächt. Auch wenn nationalistische Bewegungen oftmals staatlich manipuliert werden, ist nämlich nicht zu leugnen, daß nationalistische Bewegungen auch an den *grassroots* organisiert werden (Latawski, 1995; Held, 1996). So bestand – um ein Beispiel aus einem anderen Bereich zu wählen – auch während der Weimarer Republik eine rege *civil society* im Sinne der Selbstorganisation der Gesellschaft, die aber mit zum Fall der Demokratie beitrug (Berman, 1997). Auf der anderen Seite wird behauptet, daß der Erhalt der Pseudo-Demokratie im heutigen Rußland damit zusammenhängen könnte, daß die gesellschaftliche Selbstorganisation so schwach ist. Diese Schwäche behindere die Formierung von extremistischen Bewegungen ebenso wie von genuin demokratischen (Hanson/Kopstein, 1997).

Auch die Verbindung der *civil society* mit dem freien Markt, die außerdem oft behauptet wird, ist mehr als fraglich. Man denke nur an Karl Polanyis Analyse der sozialen Bewegungen gegen die zerstörerischen Kräfte des *laissez-faire*-Liberalismus im England der Industriellen Revolution (Polanyi, 1992). Aber auch neuere Beobachtungen stützen diese Sichtweise. Nicht alle Schichten der Bevölkerung sind gleichermaßen am Markt als Ordnungsfaktor interessiert. Viele, wenn nicht die meisten Bürger in postkommunistischen Staaten sehen den Staat – durchaus verständlicherweise – weiterhin als zentralen Bezugspunkt für das eigene Wohlergehen an (z.B. Hann, 1995; McAuley, 1997).

Der letzte Kritikpunkt, den ich hier nennen will, trifft den Kern des Konzeptes der „Zivilgesellschaft“. Besteht die Dichotomie Staat – „Zivilgesellschaft“ überhaupt in den westlichen Ländern, die sich als ihr historischer Ursprung begreifen und das Konzept als „Exportschlager“ anpreisen? Oder handelt es sich nicht eher um ein ideologisches Konstrukt, wie Hann betont, das aus dem individualistisch-liberalen Diskurs stammt (Hann, 1996)?

Sicher ist, daß für die Konstitution der „Zivilgesellschaft“ der Staat zentral bleibt. Nicht nur indem er einen rechtlichen Rahmen bietet (dies wird auch von der *mainstream civil society*-Literatur anerkannt (Diamond, 1996: 228), sondern auch durch vielfache Begünstigungen, Subventionen und Bereitstellung von Infrastruktur. In praktischer Hinsicht stößt daher auch die Überbetonung des privaten Sektors durch westliche Hilfsprogramme teilweise auf Kritik (z.B. Sajó, 1997). Die „Zivilgesellschaft“ ist sicher nicht alles. Ohne eine funktionierende Staatsgewalt können die „Kräfte der Gesellschaft“ durchaus Negatives bewirken (Migdal, 1988; Holmes, 1996). Und zum Teil wird argumentiert, daß der Staat als Verfassungs- und Rechtsstaat im Falle des Fehlens einer *civil society* als Ersatz einspringen kann und muß (Preuß, 1995: 101–105).

Insgesamt muß man wohl schließen, daß der „Zivilgesellschafts“-diskurs, wie er in den achziger Jahren geformt wurde, kaum als sozialwissenschaftliche Theorie

universell angewendet werden kann. Er entstammt aus den speziellen Verhältnissen Ostmitteleuropas und verdankt, wie Margeret Somers argumentiert, seine rasche Übernahme durch westliche Kommentatoren seiner historischen Verankerung in der „anglo-american citizenship theory“ (Somers, 1995a,b). Neuere Publikationen nehmen diese kritische Sichtweise auf (z.B. Fine/Rai, 1997).

Politische Kultur und Zivilgesellschaft als normative Diskurse und Handlungsmuster

Den oben genannten Kritikpunkten muß sich ein erneuerter Ansatz stellen, der „politische Kultur“ und „Zivilgesellschaft“ in eine sozialwissenschaftliche Analyse einbeziehen will. Was die politische Kulturforschung betrifft, gibt es viele Beispiele für eine relativ reine Weiterführung der Almond/Verba-Tradition, besonders im englischsprachigen Bereich (z.B. Gibson, 1996; Duch, 1995). Andere Autoren sind sich der Probleme dieser Forschung bewußt. Sie halten sich mit Hypothesen zurück und betonen, daß Datenbestände über die subjektiven Werteinstellungen der Bevölkerungen Osteuropas zusätzlich zu anderen Analysemethoden ausgewertet werden können und sollen (Mattusch, 1996b; Mattusch, 1996a; Mattusch, 1996b; Plasser/Pribersky, 1996; Plasser, et al., 1998).

Daß die Frage nach dem Ursprung von Werten und Einstellungen für die sozialwissenschaftliche Analyse oft wichtiger ist als diese selbst, wird von einer Richtung in der Literatur betont, die u.a. von Foucault beeinflusst ist, und die „politische Kultur“ diskursanalytisch versteht (vgl. Somers, 1995a: 127–134; Somers, 1995b: 232). Andere verweisen eher auf die Ebene der Handlungen, wenn sie von „Kultur“ sprechen. Sie betonen im Anschluß an Max Weber die Wichtigkeit von institutioneller Routinisierung (Hanson, 1997) oder interpretieren Kultur als ein „repertoire or ‘tool kit’ of habits, skills, and styles from which people construct ‘strategies of action’“ (Swidler, 1986).

Dies erscheint mir als eine Möglichkeit, den Begriff der politischen Kultur weiterhin sinnvoll zu verwenden. „Politische Kultur“ ist einerseits ein diskursiv und institutionell konstruiertes „normatives Universum“, das aus Symbolen, Welterklärungen, Ideologien, etc. konstituiert ist und durch familiäre sowie institutionelle Sozialisation reproduziert wird – also das politische „Alltagswissen“. Auf der anderen Seite äußert sie sich durch routinierte Handlungsmuster („traditionelles Handeln“ nach Max Weber). Und vor allen Dingen: Ein Begriff der „politischen Kultur“ muß bestimmen können, auf welche Weise diese „politisch“ ist (dazu auch Somers, 1995a: 122–3). Wenn man „Politik“ als den Verteilungskampf um Macht, wirtschaftliche Güter und symbolische Ressourcen versteht, könnte man „politische Kultur“ als die diesbezüglichen normativen Diskurse und sozialen Praktiken innerhalb einer angebbaren Gruppe von Personen verstehen.

Dieses Verständnis von „politischer Kultur“ kann natürlich nicht so leicht wie Umfragedaten operationalisiert werden. Jedoch ist es meiner Meinung nach der weit bessere Zugang zum Phänomen der „politischen Kultur“. Er weist in die Richtung der Anthropologie, muß sich aber nicht mit bloßer „dichter Beschreibung“ (Geertz, 1973) begnügen, die mehr an Interpretation als an Verallgemeinerung interessiert ist. Der Vergleich von diskursiven Strukturen und sozialen Praktiken kann durchaus zur Aufstellung von kausalen Hypothesen genutzt werden.

Schwieriger ist es, das Konzept der „Zivilgesellschaft“ für die sozialwissenschaftliche Analyse neu zu konzeptionalisieren. Es müßte auch hier die diskursiv-ideologische als auch die *habit*-Ebene miteinbezogen werden, um die kausale Verbindung mit der liberalen Demokratie und dem Markt zu „retten“. Allerdings besteht dann die Gefahr eines stark präskriptiven Ansatzes: Wenn unter Zivilgesellschaft nur der tolerante, „zivile“, „marktorientierte“ Teil der sich selbst organisierenden Bürgerschaft gemeint ist, wie wird dann der andere Teil genannt – „Anti-Zivilgesellschaft“ oder *uncivil society*? Wie man es dreht und wendet, man endet mit einem normativen Begriff.

Diese Einwände sprechen natürlich nicht dagegen, den Begriff der Zivilgesellschaft als politische Idee zu verstehen – und nichts in diesem Beitrag soll dahingehend ausgelegt werden, daß ich die Unterstützung einer bestimmten Form der „Zivilgesellschaft“ in anderen Ländern im allgemeinen nicht für sinnvoll hielt. Jedoch denke ich, daß eine unkritische Verwendung dieses Begriffs als sozialwissenschaftliches Analyseinstrument mehr verschleiert, als sie erhellt. Vielleicht ist sie, wie es Krishan Kumar (1993) bemerkte, gar nicht einmal nötig.

Christian Boulanger studiert Geschichte und Rechtswissenschaften an der FU Berlin.

Literatur

- Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (Hg.), *The Civic Culture Revisited*, Boston, 1980.
- Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney, *The Civic Culture*, Princeton, 1963.
- Arato, Andrew, *Civil Society against the state: Poland 1980–81*, in: *Telos* (Spring, 1981), S. 19–48.
- Berman, Sheri, *Civil society and the collapse of the Weimar republic*, in: *World Politics*, Bd. 49 (1997), S. 401–430.
- Derné, Steve, *Cultural Conceptions of Human Motivation and Their Significance for Culture Theory*, in: Crane, Diana (Hg.), *The Sociology of Culture*, Oxford, 1994, S. 267–287.
- Di Palma, Giuseppe, *Democratic Transitions: Puzzles and Surprises from West to East*, in: Weil, F. D. (Hg.), *Democratization in Eastern and Western Europe (Research on Democracy and Society, Vol. 1)*, Greenwich, 1993, S. 27–50.
- Di Palma, Giuseppe, *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*, Berkeley, 1990.
- Diamond, Larry, *Towards Democratic Consolidation*, in: Larry, Diamond a. M. (Hg.), *The Global Resurgence of Democracy*, Baltimore, 1996, S. 227–240.
- Duch, Raymond M., *Economic Chaos and the Fragility of Democratic Transition in Former Communist Regimes*, in: *Journal of Politics*, Bd. 57 (1995), S. 121–158.
- Eckstein, Harry, *Culture as a Foundation Concept for the Social Sciences*, in: *Jour. of Theoretical Politics*, Bd. 8 (1996), S. 471–497.
- Edwards, Bob, *Civil Society and Social Capital Beyond Putnam*, in: *American Behavioral Scientist*, Bd. 42, 1, Sep. (1998), S. 124–139.
- Fine, Robert und Rai, Shirin (Hg.), *Civil society: democratic perspectives*, London, 1997.
- Geertz, Clifford, *Thick Description: Toward an Interpretive Theory of Culture*, in: Geertz, Clifford (Hg.), *The Interpretation of Cultures*, New York, 1973, S. 3–30.
- Gibson, James L., *A Mile Wide But an Inch Deep. The Structure of Democratic Commitments in the Former USSR*, in: *American Journal of Political Science*, Bd. 40 (1996), S. 396–420.
- Hall, John A., *In Search of Civil Society*, in: Hall, John A. (Hg.), *Civil Society: Theory, History, Comparison*, Cambridge, UK, 1996, S. 1–31.
- Hann, Chris und Dunn, Elizabeth (Hg.), *Civil Society: Challenging Western Models*, London, 1996.
- Hann, Chris, *Introduction: Political society and civil anthropology*, in: Hann, Chris und Dunn, Elizabeth (Hg.), *Civil Society. Challenging Western Models*, London, 1996.
- Hann, Chris, *Philosophers' Models on the Carpathian Lowland*, in: Hall, John A. (Hg.), *Civil Society: Theory, History, Comparison*, Oxford, 1995, S. 158–182.
- Hanson, Stephen E. und Kopstein, Jeffrey S., *The Weimar/Russia Comparison*, in: *Post-Soviet Affairs*, Bd. 13 (1997), S. 252–283.
- Hanson, Stephen E., *The Leninist Legacy, Institutional Change, and Post-Soviet Russia*, in: Crawford, Beverly und Lijphart, Arend (Hg.), *Liberalization and Leninist Legacies*, Berkeley, 1997, S. 228–252.
- Held, Joseph (Hg.), *Populism in Eastern Europe: Racism, nationalism, and society*, New York, 1996.
- Holmes, Stephen, *Cultural Legacies or State Collapse? Probing the Postcommunist Dilemma*, in: Mandelbaum, Michael (Hg.), *Post-Communism: Four Perspectives*, New York, 1996, S. 22–76.
- Inglehart, Ronald, *Changing values, economic development, and political change*, in: *International Social Science Journal*, Bd. 145 (Sept. 1995), S. 379–403.
- Inglehart, Ronald, *The Renaissance of Political Culture*, in: *American Political Science Review*, Bd. 82 (Dez. 1988), S. 1203–1230.
- Kaase, Max, *Sinn oder Unsinn des Konzeptes 'Politischer Kultur' für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen, 1983, S. 144–171.
- Keane, John, *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London, 1988.
- Kumar, Krishan, *Civil society: an inquiry into the usefulness of an historical term*, in: *British Journal of Sociology*, Bd. 44 (September, 1993), S. 375–402.
- Laitin, David, *The 'Civic Culture' at thirty*, in: *American Political Science Review*, Bd. 89 (1995), S. 168–173.
- Latawski, Paul (Hg.), *Contemporary Nationalism in East Central Europe*, New York, 1995.
- Linz, Juan J. und Stepan, Alfred, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore, 1996.
- Lipset, Seymour M., *Political Man. The Social Basis of Politics*, Garden City, 1963.
- Mattusch, Katrin, *Aus wieviel Teilen besteht Osteuropa? Die differenzierende Wirkung politischer Kulturen*, in: Roggemann, Her-

wig und Sundhaussen, Holm (Hg.), *Ost- und Südosteuropa zwischen Tradition und Aufbruch*, Wiesbaden, 1996b, S. 11–32.

Mattusch, Katrin, *Wie konsolidiert sind die neuen Demokratien in Osteuropa? Vom Zusammenwirken von Strukturen, Elitenprägung und Bevölkerungseinstellungen*, in: Balla, Balint und Sterbling, Anton (Hg.), *Zusammenbruch des Sowjetsystems: Herausforderung für die Soziologie*, Hamburg, 1996a, S. 179–209.

McAuley, Mary, *Russia's politics of uncertainty*, Cambridge, 1997.

Migdal, Joel S., *Strong societies and weak states. state-society relations and state capabilities in the Third World*, Princeton, 1988.

Plasser, Fritz und Pribersky, Andreas (Hg.), *Political culture in East Central Europe*, Aldershot, UK, 1996.

Plasser, Fritz und Ulram, Peter A., *Mesuring Political Culture in East Central Europe. Political Trust and System Support*, in: Plasser, Fritz und Ulram, Peter A. (Hg.), *Political Culture in East Central Europe*, Aldershot, UK, 1996, S. 3–33.

Plasser, Fritz, Ulram, Peter A., und Waldrauch, Harald, *Democratic Consolidation in East-Central Europe*, New York, 1998.

Polanyi, Karl, *The Great Transformation*, New York, 1992.

Preuß, Ulrich K., *Patterns of Constitutional Evolution and Change in Eastern Europe*, in: Hesse, Joachim J. und Johnson, Nevil (Hg.),

Constitutional Policy and Change in Europe, Oxford, UK, 1995, S. 95–128.

Sajó, András, *Was macht der Westen falsch bei der Unterstützung der Rechtsreformen in Osteuropa*, in: *Kritische Justiz*, Bd. 30 (1997), S. 495–503.

Seligman, Adam B., *The Idea of Civil Society*, New York, 1992.

Somers, Margaret R., *What's Political or Cultural about Political Culture and the Public Sphere? Toward an Historical Sociology of Concept Formation*, in: *Sociological Theory*, Bd. 13 (1995a), S. 113–144.

Somers, Margaret R., *Narrating and Naturalizing Civil Society and Citizenship Theory: The Place of Political Culture and the Public Sphere*, in: *Sociological Theory*, Bd. 13 (1995b), S. 229–274.

Swidler, Ann, *Culture in Action: Symbols and Strategies*, in: *American Sociological Review*, Bd. 51 (1986), S. 273–286.

Wedel, Janine R., *U.S. aid to Central and Eastern Europe, 1990–1994: an Analysis of Aid Models and Responses*, in: *East Central European Economies in Transition: Study Papers submitted to Joint Economic Committee, Congress of the United States*, Washington, DC, 1993, S. 299–335.

Zakaria, Faareed, *The Rise of Illiberal Democracy*, in: *Foreign Affairs*, Bd. 76 (1997).